

Für uns in Stuttgart

Walter Heiler MdL

Karlsruhe-
Land

SPD

Anpacken.
Für unser Land.

Vorwort

Liebe Genossinnen und Genossen,



in meinem heutigen Newsletter möchte ich Euch über die aktuellsten finanzpolitischen Entwicklungen in Baden-Württemberg aufmerksam machen.

In seiner Regierungserklärung am vergangenen Mittwoch, 29. Juni machte Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid MdL auf die außerordentlich bedenkliche Situation aufmerksam. So wies er beispielsweise darauf hin, dass bei der Qualitätsoffensive Bildung oder bei der Pension Milliardenbeträge fehlen.

Die Vorgängerregierung hinterlässt hier ein finanzielles Defizit, das sich auch auf die kommunalen Haushalte niederschlägt. So sind immer weniger Städte und Gemeinden schuldenfrei. Die steigenden Sozialausgaben führen zu einem großen Loch in den Stadtkassen.

Hier sehe ich insbesondere den Bund in der Pflicht: dieser hat die Aufgabe, unsere Kommunen im Bereich der Grundsicherung stärker finanziell zu entlasten. Aber auch die Gewerbesteuer muss ausgeweitet werden, um die Einnahmen der Gemeinden und Städte zu sichern.

Als Innenausschussvorsitzender stelle ich mich in Sachen Vorratsdatenspeicherung klar hinter Innenminister Reinhold Gall MdL. So wahrt die verdachtsunabhängige Speicherung von Verbindungsdaten das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit.

Ich wünsche Euch viel Spaß beim Lesen.

Herzliche Grüße,

Euer

Newsletter Ausgabe Juni 2011

Themen:

- Finanzminister macht Kassensturz in der Regierungserklärung
- Heiler: Bund soll Kommunen bei Sozialausgaben entlasten
- Rückendeckung für Gall bei Vorratsdatenspeicherung

Finanzminister macht Kassensturz in der Regierungserklärung

„Nach 57 Jahren CDU-geführten Regierungen ist es selbstverständlich, dass sich die Landesregierung mit dem Kassensturz einen Überblick über die tatsächliche Finanzlage des Landes verschafft. Nur so lassen sich die finanziellen Gestaltungsspielräume für künftige Aufgaben und Planungen ermitteln“, sagte Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid.

"Selbst nach Einarbeitung der Ergebnisse aus der Mai-Steuerschätzung werden in der Mittelfristigen Finanzplanung in 2012 bis 2014 noch Deckungslücken von rund 1,3 bis 2,4 Milliarden Euro bestehen." Dies sagte der Minister für Finanzen und Wirtschaft Nils Schmid am 29. Juni 2011 anlässlich der Regierungserklärung zum Kassensturz in Stuttgart.

"Die Vorgängerregierung hat auf Kosten der künftigen Generationen gewirtschaftet. Vielfach wurde nur kurzfristige Kosmetik betrieben, statt nachhaltige Sparbemühungen umzusetzen. So sind nach den Plänen der alten Regierung allein im Haushaltsvollzug für 2011 Entnahmen aus der Rücklage von über 1,1 Milliarden Euro vorgesehen. Bereits Ende 2013 wird der Bestand der Rücklagen mit 80,5 Millionen Euro nahezu vollständig aufgebraucht sein. Auch wurden Sonderausschüttungen von der L-Bank in Höhe von 600 Millionen Euro seit 2005 verlangt. Dadurch wurde die Finanzkraft der Bank geschwächt. Zugleich wurden Projekte wie die Qualitätsoffensive Bildung begonnen, ohne eine vollständige Finanzierung sicherzustellen. So fehlen allein für diese Offensive ab 2013 jährlich im Haushalt 225 Millionen Euro, obwohl die Kosten weiterlaufen", erklärte der Minister.

Neben dem Kernhaushalt hinterlasse die Vorgängerregierung in den sogenannten Extrahaushalten Schulden in Höhe von rund 22 Milliarden Euro. Damit belaufe sich die Verschuldung des Landes statt der von der alten Landesregierung stets genannten 43 Milliarden Euro auf rund 65 Milliarden Euro.

Ähnliches gelte für den Bereich Pensionen. 68 Milliarden Euro der Pensionsverpflichtungen für die Landesbediensteten sind derzeit nicht gedeckt. Auch hier habe man die Lasten in die Zukunft verschoben und damit den künftigen Generationen aufgebürdet. Dazu käme ein ge-

waltiger Sanierungsstau von 2,6 Milliarden Euro bei den Landesgebäuden. Für die Landesstraßen sind jährlich Investitionen von 100 Millionen Euro nötig. Ab 2012 sind in der Finanzplanung dafür nur 50 Millionen Euro vorgesehen. Auch in den vergangenen Jahren war in Baden-Württemberg immer unterdurchschnittlich in das Straßensystem investiert worden.

"Der Kassensturz verdeutlicht, dass die Vorgängerregierung gewaltige finanzielle Lasten und ungelösten Finanzierungsfragen hinterlassen hat. Diese zu lösen, den Haushalt zu konsolidieren und die Schuldenbremse 2020 einzuhalten ist eine Herkulesaufgabe. Dies kann nur gelingen, wenn wir Schritt für Schritt den vor uns liegenden Aufgabenberg abarbeiten", so Schmid abschließend.

Quelle: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg

Heiler: Bund soll Kommunen bei Sozialausgaben entlasten

MdL Walter Heiler: „Viele Städte und Gemeinden rutschen wegen steigender Sozialausgaben immer tiefer in die Verschuldung. Eine Ausweitung der Gewerbesteuer könnte die Finanzen entspannen“

Trotz des konjunkturellen Aufschwungs sieht die SPD-Landtagsfraktion viele Städte und Gemeinden finanziell noch lange nicht über dem Berg. Ihr kommunalpolitischer Sprecher Walter Heiler, selbst seit 1999 Bürgermeister der Stadt Waghäusel, mahnte deshalb den Bund, die Städte und Gemeinden bei den Sozialausgaben stärker zu entlasten.

Auch die Einnahmen der Kommunen müssten dauerhaft verbessert werden. „Viele Städte und Gemeinden rutschen wegen steigender Sozialausgaben immer tiefer in die Verschuldung. Eine Ausweitung der Gewerbesteuer könnte die Finanzen entspannen“, sagte Heiler, der auch Vorsitzender des Innenausschusses des Landtags ist.

Er machte darauf aufmerksam, dass die Netto-Einnahmen aus der Gewerbesteuer 2010 leicht zurück gegangen seien. „Um die kommunalen Haushalte nachhaltig zu unterstützen, bedarf es einer Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler. Es ist nicht erklärbar, warum diese

keine Gewerbesteuer zahlen müssen“, so Heiler.

Zudem müsse aber auch die Grundsicherung stärker vom Bund übernommen werden. „Die Sozialausgaben machen den größten Teil der städtischen Investitionen aus. Schulen, Kultureinrichtungen oder auch Kinder- und Seniorenbetreuungen sind dabei grundlegende Pfeiler einer funktionierenden Gemeinde. Darum müssen diese auch vermehrt durch den Bund unterstützt werden“, forderte der SPD-Kommunalexperte.

Darüber hinaus sprach sich Heiler für eine Gesetzesfolgenabschätzung aus, um die finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen genauer kalkulieren zu können. Dies würde auch eine höhere Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger nach sich ziehen. So ließe sich rechtzeitig erkennen, welche Maßnahmen umsetzbar wären und welche nicht.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes konnten die Kommunen in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr ein Plus in ihren Stadtkassen verbuchen. So seien die Einnahmen der Gemeinden und Städte um 4,2 Prozent gestiegen. Der größte Anteil dieser Mehreinnahmen könne dem Konjunkturboom zugeschrieben werden.

Dennoch gebe es eine Schattenseite dieser erfreulichen Nachricht. „Die steigenden Sozialausgaben zwingen immer mehr Städte dazu, hohe Kredite aufzunehmen“, warnte Heiler. Im Vergleich zu 2009 seien die Ausgaben in diesem Bereich um 2,1 Prozent auf 4,5 Milliarden Euro gestiegen.

Lediglich 85 von 1.102 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg konnten so schuldenfrei in das Jahr 2010 starten. Auffällig dabei sei auch die Größe der Kommunen. Während lediglich zwei der schuldenfreien Städte mehr als 10.000 Einwohner haben, liegen die meisten deutlich unter 5.000 Einwohnern.

■ Rückendeckung für Gall bei Vorratsdatenspeicherung

Innenausschussvorsitzender Walter Heiler: „Der Beschluss der Innenminister zur Wiedereinführung der verdachtsunabhängigen Speicherung von Verbindungsdaten wahrt die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit“

In der Diskussion um die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung bekommt SPD-Innenminister Reinhold Gall für seine Haltung Rückendeckung von der SPD-Landtagsfraktion. „Der Beschluss der Innenminister zur Wiedereinführung der verdachtsunabhängigen Speicherung von Verbindungsdaten wahrt die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit“, erklärt der Vorsitzende des Innenausschusses im baden-württembergischen Landtag Walter Heiler. Die SPD-Abgeordneten begrüßten auf ihrer letzten Fraktionssitzung ausdrücklich die Auffassung Galls bei der Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung.

Es sei kein Zufall, dass sich alle Innenminister darin einig waren, dass die Vorratsdatenspeicherung ein unverzichtbares Instrument zur Bekämpfung von Terror und schwerer Kriminalität darstelle. Heiler würdigte Galls Engagement für einen tragfähigen Kompromiss. Dazu gehöre die Begrenzung der Speicherfrist auf sechs Monate und der Zugriff auf Daten nur zur Aufklärung schwerer Straftaten.

Der gelernte Jurist sprach sich überdies dafür aus, bei einer künftigen gesetzlichen Regelung die strengen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts beispielsweise zur Datensicherheit, zum Datenschutz, zum Richtervorbehalt bei der Nutzung von Daten und zu Sanktionen bei Missbrauch präzise einzuhalten. „Bei der Herbeiführung einer sicherheitspolitisch angemessenen und rechtsstaatlich strengen gesetzlichen Regelung zur Vorratsdatenspeicherung ziehen die SPD-Fraktion und Innenminister Gall an einem Strang“, unterstrich Heiler.

■ Newsletter des SPD-Landtagsabgeordneten
Walter Heiler MdL

Fragen, Anregungen und Terminhinweise bitte per Mail
an: Kathrin Röwer, Parlamentarische Mitarbeiterin
k.roewer@googlemail.com; walter.heiler.mdl@gmail.com
<http://www.walterheiler.de>

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



SPD